

Satzung
der
Lighthouse Foundation
Stiftung für die Meere und Ozeane

Präambel

Der Errichtung der Lighthouse Foundation liegt die Überzeugung des Stifters zugrunde, dass die Bedeutung der Meere und Ozeane weltweit nicht hinreichend beachtet wird. Die Lighthouse Foundation soll deshalb im Rahmen ihres Zwecks für Verbesserungen sorgen.

§ 1

Name, Rechtsform, Sitz

(1) Die Stiftung führt den Namen:

Lighthouse Foundation
Stiftung für die Meere und Ozeane.

(2) Sie ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts.

(3) Sitz der Stiftung ist Hamburg.

§ 2

Zweck der Stiftung

(1) Zweck der Stiftung ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Lehre, Kultur, des Umweltgedankens und der Entwicklungshilfe in Bezug auf die Meere und Ozeane. Das gilt für das In- und Ausland.

(2) Die Aufgaben der Stiftung sind insbesondere:

- die Förderung nachhaltiger regionaler Entwicklungen, auch durch mehrere verschiedene Projekte in einer Region zwecks gegenseitiger Ergänzung, z.B. durch Schulungsprojekte, analytische Beratung, Entwicklung und Durchführung ressourcenschonender Einrichtungen und durch finanzielle Unterstützung kultureller Einrichtungen im In- und Ausland:
- die Erstellung und Verbreitung von Informationen über die Meere und Ozeane, einerseits auf dem Wege der klassischen und elektronischen Medien, andererseits als Forum zum persönlichen Austausch im Sinne des Stiftungszweckes;

(3) Zur Verwirklichung des Stiftungszweckes kann die Stiftung Zweckbetriebe unterhalten, Hilfspersonen heranziehen und ihre Mittel teilweise anderen, ebenfalls steuerbegünstigten Körperschaften – auch im Ausland – zur Verfügung stellen.

§ 3

Einschränkungen

- (1) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Die Stiftung ist selbstlos tätig, sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Für die satzungsmäßigen Zwecke dürfen nur die Erträge des Stiftungsvermögens und Zuwendungen Dritter, die nicht Zustiftungen sind, verwendet werden.

Das Stiftungsvermögen selbst ist zu erhalten. Niemand darf durch Ausgaben, die den Zwecken der Stiftung fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

- (4) Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung von Stiftungsleistungen.

§ 4

Vermögen der Stiftung

1. Das Vermögen der Stiftung besteht aus dem bei Gründung der Stiftung eingebrachten Kapital sowie aus etwaigen Zustiftungen.
2. Rücklagen dürfen durch den Vorstand unter Zustimmung des Kuratoriums gebildet werden, soweit die Vorschriften des steuerlichen Gemeinnützigkeitsrechts dies zulassen.
3. Spenden sind anders als Zustiftungen ausschließlich, unmittelbar und zeitnah im Sinne des Stiftungszwecks zu verwenden, wenn bei der Spende nichts anderes bestimmt wird.

§ 5

Organe der Stiftung

Organe der Stiftung sind:

- a) der Vorstand
- b) das Kuratorium
- c) der Geschäftsführer als besonderer Vertreter im Sinne von § 30 BGB.

§ 6**Vorstand**

- (1) Der Vorstand der Stiftung besteht aus bis zu drei Personen. Er wird vom Kuratorium auf die Dauer von mindestens drei und höchstens fünf Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Nach Ablauf seiner Amtszeit führt der amtierende Vorstand die Geschäfte bis zur Wahl des neuen Vorstandes fort. Der erste Vorstand wird durch den Stifter bestellt.
- (2) Die Mitglieder des Vorstandes können unbeschadet der Rechte aus ihren Anstellungsverträgen jederzeit vor Ablauf ihrer Amtszeit vom Kuratorium abberufen werden. Die Rechte der Stiftungsaufsicht bleiben unberührt.
- (3) Der Vorstand wählt – wenn er aus mehreren Mitgliedern besteht - mit der Mehrheit seiner Mitglieder aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden auf die Dauer seiner Amtszeit.
- (4) Die Vorstandsmitglieder und der besondere Vertreter gemäß Abs. (5) erhalten für ihre Tätigkeit eine angemessene Vergütung.
- (5) Der Vorstand ist berechtigt, ein Vorstandsmitglied oder einen Dritten zum Geschäftsführer der Stiftung zu bestellen. Der Geschäftsführer ist besonderer Vertreter im Sinne von § 30 BGB. Ihm obliegt die Wahrnehmung aller Rechtsgeschäfte, die der gewöhnliche Betrieb der Stiftung mit sich bringt.

§ 7**Aufgaben des Vorstandes**

- (1) Der Vorstand hat für die dauernde und nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks zu sorgen. Er führt die Geschäfte der Stiftung. Ihnen muss eine ordnungsgemäße und sorgfältige Finanzplanung zu Grunde gelegt werden. Vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres hat der Vorstand den jährlichen Finanzplan, der auch fortzuschreibende langfristige Vorhaben berücksichtigen muss, aufzustellen.
- (2) Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich mit mindestens zwei seiner Mitglieder. Ist nur ein Vorstandsmitglied bestellt, vertritt dieses stets allein. Das Kuratorium kann dem Vorstand insgesamt oder einzelnen seiner Mitglieder im Einzelfall Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilen.
- (3) Der Vorstand muss sich, wenn er aus mehreren Mitgliedern besteht, eine Geschäftsordnung geben, die der Zustimmung des Kuratoriums bedarf.
- (4) Der Vorstand hat zum Schluss eines jeden Geschäftsjahres den Jahresabschluss sowie einen Bericht über die Erfüllung des Stiftungszweckes aufzustellen. Der Jahresabschluss ist von einem Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) zu prüfen.
- (5) Das Kuratorium kann im Rahmen der gesetzlichen Grenzen beschließen, dass anstelle des Jahresabschlusses ein Vermögensstatus sowie eine Einnahmen-Ausgabenrechnung aufzustellen und zu prüfen ist.

§ 8**Zustimmungsbedürftige Geschäfte**

- (1) Der Vorstand und der Geschäftsführer im Sinne von § 6 Abs. 5 der Satzung bedürfen zu folgenden Geschäften der vorherigen Zustimmung (Einwilligung) des Kuratoriums:
- a) Aufstellung des Finanzplanes,
 - b) wesentliche Abweichungen von dem Finanzplan,
 - c) Aufwendungen zur Erfüllung des Stiftungszweckes außerhalb des Finanzplanes, in einer vom Kuratorium festzusetzenden Höhe,
 - d) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten im Rahmen der Ermögensanlage,
 - e) Einstellung von Mitarbeitern mit einem Jahresgehalt von mehr als der Beitragsbemessungsgrenze zur Angestellten-Versicherung,
 - f) Festlegung der Grundsätze für die Vermögensanlage,
 - g) Bestellung eines besonderen Vertreters gem. § 6 Abs. 5 der Satzung,
 - h) Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung.
- (2) Das Kuratorium kann den Katalog der zustimmungsbedürftigen Geschäfte erweitern, insbesondere weitere Geschäfte von seiner Zustimmung abhängig machen.

§ 9

Kuratorium

- (1) Das Kuratorium besteht aus mindestens drei und höchstens sieben Mitgliedern. Sie dürfen nicht zugleich Mitglieder des Vorstandes sein. Ein Mitglied des Kuratoriums wird für drei Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

- (2) Das Kuratorium soll aus Vertretern folgender Berufe/Wirtschaftszweige gebildet werden:
 - ein Vertreter einer Bank,

 - ein Mitglied der rechts- und steuerberatenden Berufe,

 - ein Vertreter der Versicherungswirtschaft,

 - ein Vertreter der Industrie,

 - ein Vertreter des Medienbereichs,

 - ein Wissenschaftler,

 - ein Mitglied einer internationalen Organisation.

- (3) Das Kuratorium wählt mit der Mehrheit seiner Mitglieder aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden auf die Dauer seiner Amtszeit.

- (4) Scheidet ein Mitglied des Kuratoriums aus, so ergänzt sich das Kuratorium durch Zuwahl, die der Zustimmung des Stifters bedarf. Bis zur Ergänzung verringert sich die Anzahl der Mitglieder des Kuratoriums um die Anzahl der ausgeschiedenen Personen. Eine Pflicht zur Neuwahl besteht erst dann, wenn das Kuratorium weniger als drei Mitglieder hat. Der Stifter kann die Kuratoriumsmitglieder abberufen.
- (5) Die Mitglieder des Kuratoriums sind ehrenamtlich für die Stiftung tätig. Ihnen werden ihre notwendigen Auslagen, die durch die Tätigkeit für die Stiftung entstanden sind, ersetzt. Aufgrund von gesonderten Aufträgen von Kuratoriumsmitgliedern erbrachte Leistungen können vergütet werden.
- (6) Das Kuratorium gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Stifters bedarf.
- (7) Aus wichtigem Grund kann das Kuratorium eines seiner Mitglieder mit allen Stimmen, außer der des Betroffenen, ausschließen.

§ 10

Aufgaben des Kuratoriums

Das Kuratorium ist zuständig für die

1. Genehmigung des Finanzplanes,
2. den Erlass von Richtlinien zur Erfüllung des Stiftungszwecks, die der Zustimmung der zuständigen Finanzbehörde insoweit bedürfen, als sie nicht die interne Organisation betreffen,
3. die Wahl der Mitglieder des Vorstandes und deren Abberufung,
4. die Entlastung des Vorstandes,

5. die Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftsführung,
6. Entscheidung über zustimmungsbedürftiger Geschäfte,
7. die Feststellung des Jahresabschlusses oder der Jahresrechnung gem. § 7 Abs. 5,
8. die Wahl des Abschlussprüfers.

Weitere Rechte des Kuratoriums nach anderen Bestimmungen dieser Satzung bleiben unberührt.

§ 11

Einberufung, Beschlußfähigkeit und Beschlußfassung des Kuratoriums

- (1) Das Kuratorium wird von seinem Vorsitzenden - bei seiner Verhinderung von seinem stellvertretenden Vorsitzenden - schriftlich unter Bezeichnung der einzelnen Punkte der Tagesordnung mindestens einmal im Kalenderjahr einberufen; die Ladungsfrist beträgt mindestens zwei Wochen. Das Kuratorium ist auch einzuberufen, wenn der Stifter, zwei Mitglieder des Kuratoriums oder der Vorstand dieses verlangen; das Verlangen hat den Beratungspunkt anzugeben.
- (2) Das Kuratorium ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind.
- (3) Das Kuratorium beschließt außer in den Fällen des § 10 Ziff. 3 und des § 12 mit der Mehrheit seiner anwesenden Mitglieder. Das Kuratorium kann einen Beschluss auch schriftlich oder mit anderen Kommunikationsmitteln fassen, wenn alle Mitglieder dazu ihre Zustimmung erteilen (Umlaufverfahren). Beschlüsse nach § 10 Ziff. 3 bedürfen einer Mehrheit von 2/3 aller Mitglieder des Kuratoriums und der Zustimmung des Stifters.

- (4) Über die in den Sitzungen des Kuratoriums gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie ist von dem Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied zu unterschreiben. Alle Beschlüsse des Kuratoriums sind zu sammeln und während des Bestehens der Stiftung aufzubewahren.

§ 12

Satzungsänderungen, Zweckänderungen, Aufhebung

- (1) Satzungsänderungen, die den Stiftungszweck nicht berühren, sind zulässig, wenn hierdurch die nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks nach dem Willen und den Vorstellungen des Stifters gefördert wird. Sie bedürfen eines mit einer Mehrheit von 2/3 aller Mitglieder gefassten Beschlusses des Vorstandes und des Kuratoriums sowie der Zustimmung des Stifters. Das Erfordernis staatlicher Genehmigung bleibt unberührt.
- (2) Änderungen des Zwecks, die Aufhebung der Stiftung oder die Zusammen- oder Zulegung der Stiftung mit oder zu einer anderen Stiftung sind nur zulässig, wenn die Erfüllung des Stiftungszwecks unmöglich geworden ist oder angesichts wesentlicher Veränderungen der Verhältnisse nicht mehr sinnvoll erscheint. Sie bedürfen der Zustimmung aller Mitglieder des Vorstandes, sowie aller Mitglieder des Kuratoriums und der Zustimmung des Stifters. Das Erfordernis staatlicher Genehmigung bleibt unberührt.
- (3) Soweit dem Stifter in dieser Satzung Sonderrechte eingeräumt sind, kann er auf diese einzeln oder insgesamt durch Erklärung gegenüber der Stiftungsaufsicht verzichten. Die Organe der Stiftung sind in diesem Falle zu einer Fassungsänderung dieser Stiftungssatzung berechtigt. Die Fassungsänderung bedarf eines mit einfacher Mehrheit aller Mitglieder gefassten Beschlusses des Vorstandes und des Kuratoriums. Das Erfordernis staatlicher Genehmigung bleibt unberührt.

§ 13
Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Stiftung ist das Kalenderjahr.

§ 14
Vermögensanfall

Im Falle der Auflösung der Stiftung ist deren Vermögen zu steuerbegünstigten Zwecken im Sinne des § 2 dieser Satzung zu verwenden. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

§ 15
Aufsicht

Die Stiftung untersteht der Aufsicht der Freien und Hansestadt Hamburg.